

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig und Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2571) betreffend "Autofahrer belohnen statt bestrafen" (Zahl 22 - 1873) (Beilage 2619).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig und Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Autofahrer belohnen statt bestrafen", in ihrer 49. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 04.09.2024, beraten.

Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig und Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Autofahrer belohnen statt bestrafen", unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 04. September 2024

Der Berichterstatter:
Johannes Mezgolits eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax, BA LL.M. eh.

*Herrn
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 4. September 2024

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1873, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung
des Burgenländischen Landtages vom betreffend
Unterstützungsmaßnahmen für burgenländische Pendler:innen

Zum unter Zahl 22 – 1873 eingebrachten selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Autofahrer belohnen statt bestrafen“ hält der Burgenländische Landtag fest:

Der Burgenländische Landtag hat sich bereits mehrfach, unter anderem in der Landtagssitzung am 27.06.2024, mit überwiegender Mehrheit für die Unterstützung der burgenländischen Pendler:innen in Form der folgenden Forderungen ausgesprochen:

- eine Reform der Pendlerpauschale und des Pendlereuros auf einen kilometerbezogenen Absatzbetrag, unabhängig vom Einkommen;
- die Abschaffung der CO₂-Steuer und
- die Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes auf mindestens 60 Cent pro gefahrenen Kilometer sowie eine jährliche Anpassung an die Inflation.

In Anlehnung an die genannten Aufforderungen des Burgenländischen Landtages hat die Bundesregierung eine Erhöhung des Kilometergeldes auf 50 Cent beschlossen. Da zuvor jedoch seit 16 Jahren das amtliche Kilometergeld nicht angehoben wurde, ist die Erhöhung um 8 Cent viel zu niedrig ausgefallen. Die allgemeinen Kosten für einen PKW sind laut PKW-Index der Statistik Austria seit 2008 um 40 Prozent angestiegen. Daher wäre eine Erhöhung auf mindestens 60 Cent sowie eine jährliche Anpassung an die Inflation notwendig gewesen. Auch die Autofahrerclubs ARBÖ und ÖAMTC fordern eine Erhöhung auf 60 Cent. Aufgrund des Anstiegs der allgemeinen PKW-Kosten laut Statistik Austria bedarf es ein allgemeines Entlastungspaket für die Pendler:innen. Eine Umstellung der Pendlerpauschale und des Pendlereuros auf einen kilometerbezogenen Absatzbetrag sowie die Abschaffung der CO₂-Steuer sind daher unausweichlich.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- die Pendlerpauschale und den Pendlereuro auf einen kilometerbezogenen Absatzbetrag umstellen - unabhängig vom Einkommen
- die CO₂-Steuer wieder abschaffen
- das amtliche Kilometergeld auf mindestens 60 Cent pro gefahrenem Kilometer erhöhen sowie eine jährliche Anpassung an die Inflation umsetzen